GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG VIII. FEBRUARIE / FÉVRIER / FEBER 1930. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 2

Zur Bakker-Frage.

Von **N. Hegedüs,** Reichstagabgeordneter.

Man kann keine Schranken vor die Grenzen des Landes stellen, um den Besuch jener zu vereiteln, die sich über die politische Lage Rumäniens, über das Schicksal der Arbeiterklasse, über die Kämpfe der Minoritäten, oder über die freie Ausübung einer Konfession Überzeugung schaffen wollen. Und man kann nicht denjenigen Verleumder nennen, der sich mit dem Besucher ins Gespräch einlassend, seine Leiden klagt, vorausgesetzt, dass er die Wahrheit spricht. Eben darum ist der grosse Lärm unbegründet, den die rumänische Presse zu diesem Anlass schlägt, dass in Brüsell Frau Bakker van Bosse — die bekannte Rechtsgelehrte, begeisterte Freundin der Minoritäten — ihre Erfahrungen im südöstlichen Europa schilderte. Die rumänische Presse nimmt sich etliche Minoritäts-Politiker hervor und will diese als Sündiger der öffentlichen Meinung hinstellen, weil diese Frau Bakker van Bosse informierten.

Unterdrückte Länder, Völker, Nationalitäten, Konfessionen, Klassen nahmen immer die Hilfe des Auslandes in Anspruch, wenn sie zu Hause ihre Ziele nicht erreichten. Bände könnte man über die Geschichte dieser Propaganda schreiben. Die herrschende Macht hatte die *Propaganden* immer zu Vaterlandsverrat, Nationbeschimpfung gestempelt, hingegen war sie ebenfalls geneigt die öffentliche Meinung der grossen Welt in einer oder anderen Angelegenheit für sich in Anspruch zu nehmen. Einen eklatanten Fall bietet der Berliner Kongress, wo man die Rechte der rumänischen Juden mit internationalen Verträgen Rumänien aufoktroiren musste. Natürlich war die europäische Diploma-

tie auch dazu geneigt. Besonders erstaunlich war es gewesen, dass auch Gorcsakoff, russischer Minister des Äusseren diese Forderung unterstützte, in dessen Lande die Juden nicht einmal als Menschen zählten. Gorcsakoff nahm überhaupt keinen Anstoss daran, dass die ausländische Propaganda die Regierung eines anderen Landes auf Konzessionen, Reformen pressionirte, aber zu gleicher Zeit wäre er im Stande gewesen jenen russischen Emigranten oder Agitator bis zum Südpol zu jagen, der sich gewagt hätte gegen Russland im Auslande nur ein Wort zu sprechen. Die ungarischen Emigranten hatten sie nach dem Jahre 1849 im Vereinbarung mit der Wiener Regierung soweit gehetzt, dass sie bereit waren der Türkei auch den Krieg zu erklären, wenn dies die energische Intervention Englands nicht zum stehen gebracht hätte. Die rumänische Emigration in Paris hatte jahrelang gegen die Tyrannei zu Hause gekämpft, natürlich waren auch sie Verräter, Verleumder, dass sie dann später mit Rosetti an der Spitze als Ministern nach Hause kamen. Die rumänischen Regierungen und die rumänische Presse hatte zur Zeit der Judenverfolgung in den neunziger Jahren jene rumänische Juden zu Verräter und Nationbeschimpfer gestempelt, die im Auslande Hilfe für das rumänische Judentum gebeten haben, aber gleichzeitig hatte dieselbe Regierung und öffentliche Meinung das ungarische Rumänertum innigst gefeiert, welches mit dem „Memorandum" und „Replika" eine fieberhafte Propaganda im Auslande gegen Ungarn führte. Vaida, Aurel Popovici und ihre Genossen unter Johann Raţiu-s Führung sind nach Wien gereist und beschimpften auf einem öffentlichen Bankett die ungarische Tyrannei. Oder wiederholt es sich auch heute nicht in kleinerem Masse? Wer donnert mehr gegen die Beschimpfer des Landes, als die Liberalen. Und stellte sich nicht heraus, dass während der Averescu Regierung, die Anhänger Brătianus diejenige waren, die die Pariser Finanzkreise mit Pamfleten überhäuft haben, dass man der rumänischen Regierung keine Anleihe gebe.

Elemér Jakabffy ist im Rechte mit seiner Behauptung, dass man vor einem ausländischen Blatte oder Politiker viel weniger sagt und veröffentlicht, als zu Hause. Wir sehen dies auf den Genfer Minoritäts-Kongressen, wo die Repräsentanten des rumänischen Ungartums jedes Wort überlegen und bedacht aussprechen. Hingegen traf ich noch nie im Auslande solchen rumä-

nischen Politiker, der nicht eingestanden hätte, dass man tatsächlich eine Lösung für die Minoritätsfrage finden muss, weil diese Frage das Ausland sehr irritiert. Darum ist es, dass die rumänischen Staatsmänner vor diesem ausländischen Forum sich freundlich und konziliant über die Minoritäten äussern und versprechen, dass sie ideale Zustände schaffen werden. In diesem Sinne äusserten sich Titulescu, Mitileanu, Petrescu-Comnen, letztens auf dem internationalen Minoritätskongress in Genf Ghiţa Pop und Moroianu in Berlin auf der Sitzung der Interparlamentarischen Union. Sie könnten sich alle davon überzeugen, dass die öffentliche Meinung der Welt über viel mehr informiert ist, als was Elemér Jakabffy sagen könnte, wenn er auch dies tun wollte.

Tatsache ist, dass die ausländische Propaganda eine grosse Macht bedeutet. Und in der ausländischen Propaganda muss man sehr vorsichtig sein, dass in dieser nur verlässliche Angaben und Tatsachen enthalten sind. Aber die Minoritäten Rumäniens bedienten sich ja eigentlich noch nicht dieser ausländischen Propaganda. Bis jetzt ist noch nie eine Proklamation an die Völker der Welt erschienen, wie dies z. B. die damalige ungarischen Nationalitäten im Jahre 1896 gemeinsam taten, als Ungarn sein tausendjähriges Dasein feierte und gegen dies protestierten die Nationalitäten ämtlich in Form einer Proklamation. Haben jene diese Proklamation gelesen, die jetzt die Herren Willer und Jakabffy zu Vaterlandsverrätern stempeln, weil sie sich getraut haben mit Frau Bakker van Bosse zu sprechen? Wir bitten diese sehr, sie mögen es lesen und sie werden dann sagen, dass die heutigen Minoritätspolitiker keine Ahnung von einer ausländischen Propaganda haben.

Man kann heute Problemen schon nicht einfach mit Aussagen, salbungsreichen Tröstungen erledigen. Der Schreiber dieser Zeilen hat in seiner Aufschriftsrede die Äusserungen mehrerer rumänischer Politiker zum Besten gegeben und las die eine Rede von Jon Grădişteanu vor, in welcher dieser unter anderen sich äusserte: „Wir wollen niemanden seine Sprache oder Religion wegnehmen". Da bemerkte der Abgeordnete Moroianu, der eben von der Berliner Interparlamentarischen Konferenz kam:

— Aber wir denken ja auch nicht daran!

Als ich mit Herrn Abgeordneten Moroianu später sprach antwortete ich ihm folgend:

— Sie sagen, dass sie nicht einmal daran denken, jemanden seine Sprache wegzunehmen. Aber jetzt stellen Sie sich nur vor, dass jemand Sie in Berlin auf der Interparlamentarischen Konferenz frägt: Ist es wahr, dass man in Rumänien in rein ungarischen Gemeinden keine ungarischen Bittgesuche einreichen kann, man sendet keine einzige Vorladung oder sonstige Amtsschrift in ungarischer Sprache aus, ist es wahr, dass sich niemand in seiner Minderheitsprache vor dem Gerichte erfolgreich verteidigen kann, weil auch solche Richter Urteile fällen lassen, die diese Sprache nicht verstehen, ist es wahr, dass in mehreren Gemeinden die Kinder in ausschliesslich rumänischen Staatsschulen unterrichtet werden, dass in Bukovina keine einzige ukrainische Schule ist, dass Judenkinder mit ungarischer oder jargon Muttersprache nicht in ihrer eigenen Muttersprache lernen können, sondern nur rumänisch oder hebräisch und Sie sind gezwungen zu antworten, dass dies alles auf Wahrheit beruht, werden Sie dann nicht grotesk vorkommen mit ihrer Aussage, dass man niemanden seine Sprache wegnimmt. Man beraubt jeden seiner Sprache, wenn man sie nicht mit völliger Freiheit vor jedem Forum benützen kann.

Dabei ist ganz überflüssig diese explodierende Enthüllung, weil es niemand abläugnet, wenn er zufällig mit Frau Bakker van Bosse oder jemanden anderen spricht. Bei dem Besuch der Frau Bakker van Bosse erklärte Graf Georg Bethlen sofort in seiner Zilaher Rede, dass er verantwortet für all dies, was er mit dieser ausländischen Person sprach. Man darf von keinem Minoritätspolitiker solche Kleingläubigkeit voraussetzen, dass er sich vor einem ernsten Freunde der Minoritäten zurückziehen wollte, wenn dieser ihn aufsuchen sollte. Das Minderheitsproblem kann man nicht unter Glaskasten halten, zu welchem man nur mit Erlaubnis der Behörde greifen kann. — Die Führer der rumänischen Minoritäten haben schon so oft den Beweis ihrer mässigen und korrekten Denkungsweise geliefert, dass man eine böswillige und unwahre Informationsgabe von ihnen nicht einmal voraussetzen kann. Wir lassen der rumänischen nationalen Presse sagen: Weniger Protestierung und bessere Minoritätspolitik ist erwünscht. Man kann nicht immer das Glück ausbeuten — wie es Pamfil Şeicaru und letztens auch Vaida getan haben — dass in Jugoslavien die Behandlung der Minoritäten viel schlechter und brutaler ist. Das ist wahr. Aber

warum muss man von dem schlechteren das Beispiel nehmen? Warum nicht — sagen wir — von Finnland? Oder von der Schweiz, wo — dass wir kein anderes Beispiel nennen — von 4 Millionen Einwohnern 250.000 die Italiener sind und im vorigen Jahre war doch der Republikspräsident — Herr Motta ein Italiener. Es kann niemand noch Bescheid darüber wissen, wo die jugoslavische Tyrannei stehen bleibt? Manche rumänische Politiker wären geneigt als Modell solches Musterland zu schaffen, wo die Minoritäten sich nicht einmal zu rühren trauen. Und wenn dann die Frau Bakker van Bosse auf Besuch kommt, können sie mit Recht sagen: Wir bitten Vergleiche zu machen und sie möchten sich die Hände glücklich reiben.

Grossartig sind unsere Gelehrten in Minoritätsfragen. Entweder beschimpfen sie die Verleumder oder versprechen sich glückliche Träume, dass es nicht lange dauern wird und die Minoritäten werden nicht mehr existieren. Ich möchte sehr gerne der Frau Bakker van Bosse das „Arhiva pentru ştiinţa şi reforma socială" zum lesen geben, in dessen letzter Nummer ein ernstes Statistik-Studium von Manoila Sabin erschienen ist, welches sicherlich ein Erfolg von jahrelangen, gründlichen Studium ist und zu dem Ergebnis gelangt, dass nach 60—80 Jahren — mit Ausnahne des Seklerlandes — sowieso keine Minoritäten existieren werden und damit man dieses Ziel auch erreichen könne, muss man die kompakte Minoritätseinheiten auf der westlichen Grenze schwächen. Wir haben daher Gelehrte, die glauben, dass sich die Minoritäten binnen zwei Generationen assimiliren werden.

Wenn das aber so ist, warum gibt man den Minoritäten nicht die völlige sprachliche, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit. Wenn wir schon zugrunde gehen müssen, so wollen wir lustig sterben. Und dann werden nie mehr weder Verleumder, noch Nationbeschimpfer sein.

Voyage dans les Balkans.

Cet article caractéristique nous l'avons transcrit du numéro 1. (Janvier 1930.) du Bulletin „Les Minorités Nationales", publié par l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations.

Pendant l'automne de l'année passée, j'ai pu exécuter un projet qui datait déjà de quelques années, en faisant un voyage d'environ un mois à travers une partie des Balkans. Le but de mon voyage était d'étudier, autant que cela peut se faire dans un temps forcément restreint, la situation des minorités nationales dans le nord de la Yougoslavie et en Roumanie, ainsi que de la minorité slovène dans la province de Trieste. En l'espace de 4 à 5 semaines, j'ai parcouru, moitié en chemin de fer, moitié en automobile, d'abord les environs de la ville de Celjé, notamment Maribor et Petta; j'ai passé de là en Italie (Trieste, Gorizia); de retour à Ljubljana, j'ai visité l'enclave allemande de Gottschee, au milieu de sa ceinture de forêts sauvages; j'ai passé ensuite par Zagreb et Esseg, pour faire une longue course en automobile, en touchant plusieurs villes et villages de la Voivodine; puis, par Novisad, Versac, Belgrade, Temesvar, Bucarest, Brassov (Kronstadt), Sibiu (Hermannstadt), Kolosvar et Budapest.

J'ai été accueillie partout avec la plus grande amabilité, tant par les représentants des minorités que par ceux de la population majoritaire; j'ai pu m'entretenir avec les préfets et les ministres autant qu'avec de simples paysans et des maîtres d'école de tel ou tel petit village. Les membres des Associations de Belgrade et de Bucarest affiliées à notre Union non seulement m'ont accueillie de la manière la plus hospitalière, mais m'ont donné toutes les introductions dont je pouvais avoir besoin auprès des membres de leurs gouvernements, tandis qu'un représentant des minorités m'a accompagnée pendant une grande partie de mes voyages. C'est grâce à tous ces concurs que j'ai pu, dans une certaine mesure, accomplir le but que je m'étais proposé, et je tiens dès maintenant à remercier de tout coeur tous ceux qui ont ainsi facilité ma tâche.

Quand je cherche à classer mes impressions, j'aperçois une observation d'ordre général qui me paraît s'imposer tout d'abord, à savoir l'extrême complexité du problème minoritaire

dans ces pays. Nous avons l'habitude de parler du problème minoritaire comme s'il était unique ; nous risquons ainsi d'oublier parfois que chaque pays offre un aspect différent et qu'il est nécessaire de se rendre compte des conditions politiques et sociales de chacun d'eux. Certes, il y a aussi le côté général, international, et les idées fondamentales de justice et d'humanité que les traités minoritaires cherchent à réaliser sont partout les mêmes ; mais les méthodes de réalisation, les solutions pratiques différeront selon la situation dans chaque pays.

Deuxième observation : il est complètement insuffisant de connaître les lois et les dispositions administratives : ce qui importe, c'est la façon dont celles ci sont exécutées et la mentalité de ceux qui sont appelés à les mettre en pratique. J'ai retenu cette impression très nette que très souvent une disposition des autorités centrales, de nature plutôt large et bienveillante, est tournée par les fonctionnaires et les petits césars locaux : l'inspecteur, l'agent de police ; de sorte qu'en pratique, elle risque de dégénérer en mesures mesquines, chicaneuses ou provocatrices. D'autre part, j'ai remarqué que souvent, dans le peuple proprement dit, il ne reste que très peu de traces de cette „âpre hostilité" dont parle Clemenceau ; et s'il n'y avait le fonctionnaire et l'agent de police, investis par le pouvoir central d'un pouvoir souvent exorbitant qu'ils ne savent pas manier à bonne fin, les populations majoritaires et minoritaires vivraient probablement souvent fort bien ensemble.

Des trois pays que j'ai visités, le seul qui rejette par principe une symbiose de cette nature — et c'est peut-être le seul dans l'Europe entière — est l'Italie, qui poursuit la dénationalisation de ses populations minoritaires d'une manière logique et inflexible. A Trieste et Gorizia, j'ai trouvé une situation tout à fait analogue à celle du Tyrol du Sud, il y a quelques années ; seulement, elle s'est beaucoup accentuée, et l'on est amené à constater un effort constant et soutenu tendant à faire disparaître les derniers vestiges d'une culture étrangère. L'enseignement de la langue slovène, même dans la famille, est interdit, et plusieurs douzaines de personnes ont été emprisonnées parce qu'on avait trouvé dans leur maison un manuel d'instruction élémentaire de la langue maternelle. Comme instrument d'instruction, la langue slovène a disparu complètement ; elle est tolérée seulement dans les classes inférieures de certains petits villages

pour l'instruction religieuse. Les journaux et périodiques slovènes ont été supprimés, à l'exception de quelques-uns; les associations sociales et culturelles ont été dissoutes. L'italianisation obligatoire des noms étrangers est poursuivie rigoureusement dans les provinces de Pola et de Trieste; moins rigoureusement à Gorizia, où le préfet m'assura qu'aucun changement forcé n'avait encore eu lieu.

Il paraît qu'après le procès de Pola et les nombreuses arrestations qui ont suivi, la situation a encore empiré. L'Italie poursuit, à ce qu'il paraît, envers ces populations de la frontière, une tactique d'intimidation, à laquelle les considérations militaires ne sont pas étrangères. Dans un entretien que j'ai pu avoir avec le préfet de Gorizia et qui a duré plus d'une heure, celui-ci répéta la formule traditionnelle, à savoir que l'Italie ne saurait se montrer libérale et généreuse envers une poignée d'hommes habitant une extrémité du pays, dans le voisinage d'un peuple qui, selon les paroles du préfét, „est notre ami aujourd'hui, mais peut être demain notre ennemi".

Lors de ma visite dans le Tyrol du Sud, un Italien qui servait comme personne de confiance entre les autorités italiennes et les chefs minoritaires, me déclara que, d'après son opinion, il n'y avait qu'une seule alternative pour la solution du problème minoritaire en Italie: „La coopération ou la destruction". Or, je n'ai pu me soustraire à l'impression pénible que, si cette alternative est juste, c'est pour la destruction que le gouvernement a opté. La population slave émigre en masse; les passeports, si difficiles à obtenir pour la population italienne, lui sont accordés facilement, du moins pour l'Amérique du Sud; et il paraît que, sur un nombre total d'environ 500.000, presqu'un quart a déjà quitté le pays. Quant à la jeune génération, qu'on espère encore italianiser, l'État s'empare d'elle dès la quatrième année. Ce sont d'abord les crèches, puis les écoles et les Balilla, ensuite l'*Avanguardia fascista*, qui s'efforce de détruire complètement toutes les traces de langue et de culture étrangères. Quant à la mentalité fasciste envers les minorités slaves, je cite le trait suivant. Un prêtre slovène ayant dit une prière en langue slovène, pour une fête d'école à San Pietro del Carso, petit village situé au centre de l'Istrie, le 16 septembre dernier, le journal *La Fiamma* a déclaré ne pas pouvoir attendre chez ce prêtre „un senso d'italianità", mais qu'il aurait voulu au

moins que celui-ci eût eu la pudeur „di non bestemmiare in casa nostra una selvaggia lingua importata che non conosciamo nè desideriamo conoscere".

II.

Dans les deux autres pays que j'ai visités, la situation est fondamentalement différente en tant qu'étant liés par les traités minoritaires, les gouvernements y acceptent, du moins en principe, la protection des minorités nationales. Il n'en est pas moins vrai que, en fait, la réalisation du principe est compromise, non seulement par suite des tendances nationales et chauvines, mais par suite aussi des difficultés intérieures des deux pays.

En Slovénie, une situation assez curieuse et intéressante est en voie de développement. Les Slovènes, petit peuple d'environ 2 millions d'âmes, coincé entre les civilisations slave et allemande, avaient déjà été germanisés à un certain degré avant la guerre. Après la victoire des Alliés, ils ont vu renaître leurs aspirations nationales grâce à la création du Royaume des S. H. S. Les chefs slovènes ont alors entamé une politique de renationalisation, tendant à ramener à la civilisation slave, bon gré mal gré, ceux mêmes de leurs conationaux qui avaient plus au moins perdu le sentiment de leur nationalité. La situation devient plus complexe encore du fait qu'une partie de ce peuple de nationalité indécise — les „Windischen" — est restée sous la domination de l'Autriche. Les chefs slovènes réclament pour ceuxlà des écoles minoritaires, qui devraient être en quelque sorte obligatoires, c'est-à-dire que les habitants d'origine slovène ne devraient pas pouvoir opter entre l'école slovène et l'école allemande, mais seraient obligés d'envoyer leurs enfants à l'école slovène. Une tactique analogue est poursuivie par eux dans leur propre pays; es c'est là que j'ai rencontré pour la première fois la pratique de „l'analyse du nom", qui non seulement constitue, d'après mon opinion, un des plus graves dangers pour une interprétation généreuse et libérale des traités des minorités, mais risque de compromettre les idées de justice et de liberté, qui sont à la base même de ces traités. Cette pratique est ainsi conçue. On demande aux parents qui désirent pour leurs enfants l'inscription dans une école minoritaire les noms de famille de leurs père et mère et d'autres membres de leur famille, et les autorités scolaires décident d'après ces données si l'enfant doit être estimé appartenir à la nationalité au profit de laquelle on a créé l'école

minoritaire. La situation présente quelque analogie avec la question scolaire en Haute-Silésie, en tant que, là aussi, pour des personnes de nationalité douteuse, on a voulu substituer une décision administrative au libre choix des parents. Analogue aussi, en tant qu'on prétend que ce „libre" choix serait plus au moins déterminé par des considérations économique — les grandes industries étant, en Slovénie, comme en Haute-Silésie, pour la plupart entre les mains d'Allemands. Pour les chefs slovènes, cependant, le but poursuivi concernant ces personnes de nationalité indécise est la soi-disant *restitutio in integrum*, c'est-à-dire que la germanisation déjà acquise par les parents de nom, c'est-à-dire d'origine slovène, doit être annulée pour les enfants. Notons que pour une population mixte, confondue pendant des siècles par les mariages mixtes, le nom ne saurait guère être un critère suffisant pour la détermination de la nationalité. D'autre part, les familles slovènes avaient très souvent l'habitude de donner à leurs enfants une éducation allemande, ce qui leur assurait une position avantageuse par rapport à ceux qui parlaient soit l'allemand seul, soit le slovène seul. On en a fait la preuve à Celje, où la circulaire ministérielle relative à l'analyse du nom ayant été pour quelque temps suspendue, au lieu de trente élèves nécessaires pour demander la fondation d'une école minoritaire, le nombre s'en éleva soudain à 480, dont une grande partie était indiscutablement de nationalité slovène.

L'„analyse du nom" n'est pas le seul grief contre le régime scolaire en Yougoslavie. Là où il y a un enseignement spécial pour les minorités, il est donné le plus souvent en des classes parallèles, par des maîtres qui, pour la plupart n'appartiennent pas à la minorité qu'ils sont appelés à instruire, et qui souvent n'ont qu'une connaissance médiocre de sa langue. Au lieu de recevoir l'enseignement dans la langue allemande ou hongroise, les enfants reçoivent seulement quelques heures supplémentaires d'allemand ou de hongrois. En outre, on prétend que ces classes parallèles sont mal logées et inférieures sous tous les points de vue aux autres classes; notamment, les conditions hygiéniques y seraient parfois si mauvaises, que les parents sont forcés d'en retirer leurs enfants.

On sait qu'en Yougoslavie l'instruction est devenue à tel point chose publique, que les écoles privées ont à peu près disparu. Une loi scolaire pour l'instruction secondaire interdit

les écoles privées secondaires; seules celles qui existaient déjà peuvent subsister; mais les écoles minoritaires, ayant été presque toutes supprimées, n'ont guère pu bénéficier de cette exception. Lorsque j'étais à Belgrade, une loi pour l'instruction primaire était en préparation, et il serait intéressant de savoir en quel sens elle est conçue [1].

Dans un entretien que j'ai pu avoir avec S. E. le ministre de l'Enseignement, celui ci a déclaré de la façon la plus formelle qu'il était prêt à accorder aux minorités tout ce qui leur est promis dans les traités. Aucune demande pour fonder une école privée minoritaire aux frais des minorités n'avait jusque-là été reçue. Il paraît dès lors qu'il n'appartient qu'aux minorités elles-mêmes de soumettre une pétition en ce sens au gouvernement yougoslave, pour que celui-ci leur accorde, suivant les termes du traité, la faculté de fonder des écoles privées, primaires aussi bien que secondaires. Quant à l'„analyse du nom", le ministre déclara que c'est la langue maternelle qui doit être le critère essentiel pour les enfants qui demandent à être inscrits dans les classes minoritaires, et il me cita une circulaire ministérielle d'après laquelle „la nationalité et la langue maternelle" doivent décider de la recevabilité d'une demande de cette nature Mais il s'agit de savoir de quelle manière les autorités intérieures interprètent la condition de la „nationalité", et quel critère objectif elles apportent à leur décision. Une circulaire ministérielle du 3 août 1929 du département de l'instruction à Ljubljana ordonne que les enfants »*d'origine slovène*« peuvent seuls être inscrits dans les classes slovènes, tandis qu'une circulaire interprétative du 17 août pour le Gottschee (enclave purement allemande depuis des siècles, avec une population de 18.000 âmes) va jusqu'à ordonner l'inscription dans les classes slovènes de tous les élèves *de nationalité étrangère*, qui ont un nom de famille d'origine slave La distance est un peu grande, comme on le voit, entre les paroles du ministre et de pareilles mesures d'exécution, et il est facile de s'imaginer que pour des autorités locales trop empressées ou „nerveuses" (le mot est d'un des chefs slovènes, qui, à cette époque faisait partie du gouvernement), il est parfois

[1] La nouvelle loi sur les écoles primaires a été sanctionnée le 5 décembre 1929. Elle défend la fondation de nouvelles écoles primaires privées; l'exception pour les écoles déjà existantes est également sans valeur pour les écoles minoritaires.

difficile de ne pas se laisser entraîner vers une interprétation par trop restreinte. On comprend que pour le gouvernement d'un pays comme la Yougoslavie, auquel les difficultés intérieures n'ont pas été épargnées, il est parfois difficile de prévenir des excès de ce genre de la part de ses fonctionnaires.

Qu'il y ait des ministres convaincus de la nécessité, dans l'intérêt du pays même, d'améliorer le sort des minorités, c'est ce qui ressort clairement des paroles du ministre des Affaires Etrangères, qui me déclara, pendant un entretien qu'il a bien voulu m'accorder, que, pour lui, les traités minoritaires ne constituent nullement les limites de la protection qu'il voudrait accorder aux minorités; que les minorités sont une partie intégrante et essentielle de la population, et que, quant à lui, il est d'avis qu'il faut les traiter de telle manière, que jamais elles ne désirent échanger cette patrie pour une autre. Paroles bien réconfortantes qui inspirent l'espoir, qu'un gouvernement animé de tels sentiments de justice et de générosité envers les minorités nationales, ne voudra pas tarder plus longtemps à mettre à exécution ses desseins bienveillants.

III.

S'il y a une différence de principe entre l'Italie et les deux autres pays en question, — différence qui arrache à un inspecteur d'école du Gottschee, au sujet d'une plainte minoritaire, l'exclamation: „Nous ne sommes pas des Italiens!" — on est amené à se demander s'il n'y a pas, entre la Yougoslavie et la Roumanie, la différence qui existe entre celui qui en est encore à la période des bonnes résolutions et celui qui en est déjà aux premiers efforts d'exécution.

En Roumanie, la situation est extrêmement compliqée et les revendications minoritaires sont devenues plus ou moins une partie intégrale de la politique intérieure. Les dernières élections ont assuré aux minorités une certaine influence politique; elles ont aussi accentué les divergences de vue et de tactique entre les différents groupement minoritaires.

Quant aux Allemands — „Schicksalsminderheit" (minorité de circonstance), comme les désignait devant moi un de leurs chefs — il faut faire une distinction entre les „Souabes", minorité relativement jeune d'environ deux-cents ans, et les Saxons de Transylvanie, minorité presque millénaire, qui a toujours joui sous les Hongrois d'une grande autonomie culturelle et financière.

Pour ces derniers, qui sont une minorités de caractère religieux autant que national, le joug roumain est excessivement lourd, surtout du point de vue économique, et la réforme agraire a touché au vif tout ce qui pour eux était le point vital même de leur existence: leurs écoles, leurs églises, leurs institutions culturelles.

Les Souabes, au contraire, s'étaient laissé partiellement magyariser avant la guerre, et ils en étaient même venus jusqu'à un certain point à adopter la langue et la culture magyares comme le seul moyen de „faire son chemin dans le monde". Après la défaite des Empires centraux, un phénomène curieux se produisit: cette population à moitié magyarisée se rendit compte soudain de son vrai caractère national, et un revirement eut lieu dans le sens de la culture allemande, qui se traduisit — et se traduit encore — par un certain antagonisme contre les Hongrois A Temesvar, par exemple, le consul allemand me disait: „Ici, le conflit contre les Magyars est plus eccentué que celui contre les Roumains." Et une jeune fille: „Nous étions mieux sous les Hongrois, mais c'était pire pour notre *Deutschtum*», — mot intraduisible, qui correspond à une idée profondément enracinée dans la nation allemande. Dans cette espèce de lutte entre les deux minorités, les Roumains soutiennent la minorité allemande. Il est à remarquer, d'ailleurs, qu'en Roumanie comme en Yougoslavie, la minorité hongroise a une situation bien plus difficile que la minorité allemande et qu'on est bien plus disposé à admettre chez cette dernière la loyauté des sentiments et le désir sincère de collaborer avec ses maîtres nouveaux.

Ajoutons à cela que le gouvernement Maniu est lié, du moins moralement, par la célèbre déclaration d'Alba Julia, suivant laquelle „c'est par ses propres fils que le peuple sera administré, instruit et jugé", de sorte que sous tout autre gouvernement, la situation des minorités risquerait d'empirer; et l'on comprendra l'exclamation d'un des chefs souabes, qui me disait qu'après une visite récente en Yougoslavie, il était rentré dans son pays „en patriote ardent".

Pour les Hongrois, naturellement, la situation est bien différente. Il paraît incontestable qu'en tant qu'administration, les Roumains ont encore beaucoup à apprendre, et que tout: police, gendarmerie, chemins de fer, ponts et chaussées, sécu-

rité générale, est dans une situation bien inférieure au régime de l'ancienne monarchie. Les Roumains sont d'ailleurs les premiers à l'admettre : „Que voulez vous ? Nous sommes en Orient", me disait un ministre roumain, lorsque je lui parlais de la corruptibilité du fonctionnaire roumain. Ajoutons, afin d'être justes, qu'il paraît en être de même du fonctionnaire de nationalité allemande ou hongroise : mal payé, vivant dans un milieu où la corruption, l'extorsion et même le vol administratif sont très répandus, il en arrive facilement à „prendre son bien où il le trouve".

D'un tel état de choses, une minorité souffrira toujours plus que la population majoritaire, parce qu'elle est en quelque sorte la victime prédestinée de tout organe du pouvoir central. Ceci paraît vrai surtout en ce qui concerne la réforme agraire, et on pourrait dire que la grande moitié des plaintes minoritaires en Roumanie se rapporte à l'exécution de ces lois, — non seulement pour les grands propriétaires, comme on est parfois tenté de le croire, mais aussi pour les petits fermiers, les colons allemands et hongrois. Pour ceux-ci, cette réforme, défendue comme mesure sociale inévitable contre la menace du bolchevisme, a pris quelquefois les traits d'une vengeance nationale, qui n'atteint forcément que des innocents.

Il paraît indubitable que la réforme agraire a donné lieu à bien des injustices, et on m'a dit que le gouvernement roumain a été occupé — d'ailleurs, sans succès — à chercher une formule par laquelle il pourrait réparer les fautes commises pour des cas individuels, sans toutefois remettre en question l'ensemble du problème, ce qui n'aboutirait qu'à d'autres iniquités.

Après la réforme agraire, la question scolaire est, en Roumanie comme partout ailleurs, la principale pierre d'achoppement. La centralisation du plan d'instruction, qui est de rigueur pour tout le pays, est en contradiction notamment avec l'art. 11 du traité minoritaire, qui accorde aux Szecklers et aux Saxons de la Transylvanie l'autonomie locale, en ce qui concerne les questions religieuses et scolaires. Le fameux baccalauréat a donné lieu à de nombreuses récriminations. Surtout, les ressources économiques des écoles minoritaires sont insuffisantes, la réforme agraire les ayant privées des revenus de leurs terres ; et la situation financière des communes comportant une forte majorité allemande ou hongroise a empiré du fait qu'on les

oblige à construire des écoles ou des églises pour la population roumaine, en dehors de toute proportion avec le nombre et les besoins de celle-ci.

Dans les tribunaux et dans les administrations publiques, point de facilités légales pour les langues des minorités.

Il faut cependant reconnaître que le gouvernement Maniu semble vouloir prendre plus au sérieux ses obligations minoritaires. Quelques améliorations ont été introduites, qui constituent un symptôme de bonne volonté: la double taxe pour les représentations théâtrales en langue étrangère vient d'être abolie; les fonctionnaires minoritaires ne sont plus exclus de la possibilité de recevoir une pension; et on me signalait comme une disposition récente que les „praeparandi" allemands peuvent être nommés comme instructeurs aux écoles publiques. L'„analyse du nom" est pratiquée, mais pas rigoureusement; il en résulte, du point de vue roumain même, que les minorités ont le choix de l'école où elles veulent envoyer leurs enfants, tandis que les Roumains ne l'ont pas! Une somme de 25 millions de lei a été attribuée sur le budget aux écoles minoritaires: contribution bien modeste et considérée comme dérisoire par les minorités, qui font valoir par comparaison que l'État accorde aux écoles roumaines à l'étranger la somme de 36 millions.

Le gouvernement paraît cependant ne pas vouloir se contenter de mesures spéciales. Il a désigné une commission minoritaire pour étudier tout le problème, et il a envoyé un de ses fonctionnaires les plus capables pour étudier à l'étranger ce qui a été fait dans les différents pays ayant des minorités nationales pour résoudre le problème. Etant donné le caractère démocratique et progressiste du gouvernement Maniu, il est permis d'espérer que la solution qu'on proposera — et qui ne sera point proposée sans que les minorités aient pu exposer leur propre point de vue — sera de nature généreuse et libérale.

Une telle solution ne serait pas sans avoir une répercussion profonde sur les autres pays avant des populations minoritaires. Notament, la Yougoslavie ne saurait s'y soustraire; et la presse italienne, dès lors, serait privée, de l'argument qu'elle cherche constamment dans le traitement des minorités en Yougoslavie, pour justifier le sort imposé aux minorités en Italie.

Quant à la sécurité générale et quant à cette „union européenne", dont il est tant parlé aujourd'hui, il est difficile d'ima-

giner comment elles pourraient se réaliser, si le problème des minorités ne recevait pas enfin une solution satisfaisante. Tant que la liberté culturelle n'est pas assurée, tant que les individus et les peuples ne se verront pas accorder, en matière de langue, d'enseignement et de culture générale, la même liberté que nous avons l'habitude de reconnaître à la conscience religieuse, aucune union économique ne saura mettre fin aux efforts des minorités pour reconquérir ce que l'âme humaine considère comme ses droits naturels et sacrés: et la tension qui en résultera pourra facilement mettre en péril ce bien suprême de l'humanité; les bonnes relations entre les peuples et la paix du monde.

C. Bakker van Bosse.

„Minderheiten in Südosteuropa".

In der *Neue Zürcher Zeitung* (Nr. 265) vom 11/II. befasst sich Frau Bakker van Bosse mit der Lage der Minderheiten in Jugoslavien Sie stellt fest, dass Jugoslavien im Gegensatz zu Italien an den Minderheitenschutzvertrag gebunden ist und hier daher die „rücksichtslose Selbstverständlichkeit fehlt, mit der in Italien die Unterdrückung der Minderheiten als eine natürliche Folge der Staatsgewalt dargestellt wird".

Dafür besteht hier eine andere Schwierigkeit: „Die Kluft zwischen Gesetz und Ausführung; und an den verantwortlichen Stellen oft der noch stärkere Gegensatz zwischen Wort und Tat". Frau Bakker schildert die „grosszügige Minderheitenpolitik ... gehört aus dem Munde des Aussenministers Marinkovic". Sie untersucht dann aber „welche Anwendungen, die gesetzlichen Bestimmungen über den ... Unterricht in der Muttersprache in der Praxis finden". Sie schildert die Namensanalyse als ein „besonders gehässiges Mittel zu einer möglichst beschränkten Auslegung ..." — eine Methode, die in eine „geistige Folterqual ausartet" und grundsätzlich die Untergrabung eines „Ecksteines der Schutzverträge und der modernen Zivilisation überhaupt" bedeutet. Ob die Kinder zur Minorität gehören, wird auf diese Weise nicht nach dem Willen der Eltern, sondern durch den Beschluss der Schulbehörde in höchster Instanz des Unterrichtsministers entschieden. Durch diese Methode

ist, wie Frau Bakker an anderer Stelle ausführt, auch die Möglichkeit eines Mittels des Kampfes gegen die Parallelklassen für Angehörige der Minderheiten, welche bekanntlich erst bei 30 Schülern eröffnet zu werden brauchen, gegeben. „Die Zahl der Kinder, für welche der Unterricht in den Minderheitssprachen verlangt wird, wird künstlich herabgedrückt ... Durch die Namensanalyse wird die Zahl der Parallelklassen immer mehr vermindert". Frau Bakker stellt ferner fest, dass die Parallelklassen, „wo solche bestehen, meist zu einer Art Unterricht zweiten Ranges herabgedrückt sind. Die Lehrer beherrschen die Unterrichtssprache nicht ... Von der Theorie: Anerkennung der Muttersprache als des wesentlichen Kriteriums für den Unterricht bis zu dieser Praxis ist ein grosser Schritt und man frägt sich, ob die Macht oder der Wille fehlt, um den Kampf gegen diese Zustände zu führen".

Zum Schluss ihres Artikels charakterisiert Frau Dr. Bakker speziell die Lage in Slowenien. Sie schreibt: „In Slowenien führen diese rückständigen Elemente einen erbitterten Krieg gegen die deutsche Minderheit, wobei die gemischten Bevölkerungsteile, die vor dem Kriege schon zum Teil germanisiert waren, die sogenannten Windischen, in Mitleidenschaft gezogen werden. Die stark nationalistisch gesinnten slowenischen Führer betreiben von Laibach aus eine Politik der Zurücknationalisierung, bei der das kulturelle Selbstbestimmungsrecht des Individuums nicht geachtet wird. Man kann sich nur wundern, wie sehr auch hier die Einsicht fehlt für die unumgängliche Rückwirkung dieser Politik auf das Schicksal der slowenischen Volksgenossen jenseits der Grenzen. In der italienischen Presse wird tagtäglich darauf hingewiesen, dass die Slowenen, die selbe-die deutsche Minderheit zu entnationalisieren versuchen, am wenigsten Anlass hätten, sich über eine ähnliche Behandlung ihrer Volksgenossen in Italien zu beklagen; und eine Aktion, die sich für die slowenische Minderheit in Italien einsetzen möchte, sieht sich gehemmt durch die Tatsache, dass die slawischen Stämme dort, wo sie zum Mehrheitsvolk gehören, gegen die nationalen Minderheiten sich derselben Unterdrückung und Unduldsamkeit schuldig machen".

In ihrem letzten Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung" schildert Frau Dr. Bakker die Lage der Dinge in Rumänien. Sie schreibt: „Die plötzliche ungeheure Vergrösserung des

Reiches hat grosse Schwierigkeiten hervorgerufen. Namentlich bezüglich der inneren Verwaltung, der Polizei, des Gerichtswesens. Die Beamten, die vom Altreich in die neuen Gebiete hinaufbefördert wurden, benahmen sich vielfach wie die Sieger im besiegten Lande. Bestechung, Erpressung, Misshandlung waren tägliche Ereignisse. Unter der Decke der Agrarreform wurde den Minderheiten ungeheures, nie wieder gutzumachendes Unrecht zugeführt ... Es ist vielleicht nicht übertrieben zu sagen, dass mindestens die Hälfte der minderheitrechtlichen Beschwerden in Rumänien auf diese beiden Ursachen, die *Agrarreform* und die *Desorganisation*, die eine Folge der Gebietsvergrösserungen war, zurückzuführen sind". Frau Bakker gibt dann der Hoffnung Ausdruck, dass die Regierung den durch die Agrarreform Betroffenen eine *Entschädigung* gewähren wird. Sie schreibt: „Wer das Elend in verschiedenen, früher blühenden Kolonistendörfern gesehen hat, ... kann nur wünschen, dass es der Regierung gelingen möge, einen Weg zu finden, mit dessen Hilfe sich wenigstens ein Teil dieser „Ehrenschuld" tilgen lässt". Sie geht dann auf die Darlegung der Schulverhältnisse und speziell auf die Frage des „berüchtigten Baccalaureat" über. Sie stellt fest, dass das Schulwesen der Minoritäten, speziell der der Siebenbürger Sachsen durch die Massnahmen der Regierung *finanziell* schwer getroffen wurde, da die kirchlichen Organisationen — die Grundlagen des Schulwesens in Siebenbürgen — auch schwer unter der Agrarreform gelitten haben und die staatlichen Zuwendungen gering sind. Frau Bakker schliesst ihren Artikel mit dem Hinweis auf die Vorbereitung des neuen Minderheitengesetzes durch die Regierung. Sie bedauert, dass zu dieser Vorbereitung — zur Mitarbeit in der betreffenden Kommission — die Vertreter der Minderheiten bisher nicht herangezogen wurden. Sie äussert dann: „... Die öffentliche Meinung in Europa will wissen, ob der *Wechsel auch honoriert wird.* Die Rückwirkung des guten Beispiels würde ungeheuer sein ... Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns nun endlich *Taten* sehen!"

Geht es voran in Europa?

Unter diesem Titel hat der tschechoslowakische Aussenminister Dr. Benesch am 14. Januar in der „Züricher Post" einen Aufsatz veröffentlicht, der sich mit der politischen und kulturellen Entwicklung der aus der ehemaligen Donaumonarchie enstandenen Nachfolgestaaten befasst.

Er bekam von den Weinheimer Prof. E. Maenner eine passende Antwort in der 21. Nummer (25 Januar) derselben Zeitung.

Benesch's Artikel und die Antwort lauten:

*

Es wird gesagt, Mitteleuropa sei nur um den Preis einer schweren Verletzung jenes Prinzips geschaffen worden, dem es überhaupt erst seine Entstehung verdankt. Tatsächlich beschränkt sich keiner der neuen Staaten, aus denen es besteht, auf einen einzigen geschlossenen Volksstamm. Die Grenzen dieser Staatswesen wurden nicht lediglich unter Berücksichtigung ethnographischer, sondern auch wirtschaftlicher und geographischer Erwägungen gezogen. Das Ergebnis war, dass diese neuen Staaten einen wesentlichen Teil der schwierigen Probleme Österreich-Ungarns erbten, indem sie selbst in verkleinertem Masstabe Ebenbilder der alten Monarchie wurden, denn jeder besitzt nun seine eigenen nationalen Minderheiten. Man braucht diese Tatsache nicht abstreiten zu wollen und kann doch beweisen, dass die neue Lage im Vergleich zur früheren einen wesentlichen Fortschritt bedeutet.

Die Beantwortung der Frage „Geht es voran in Mittel-Europa?" hängt nämlich nicht davon ab, ob es auch unter den veränderten Verhältnissen nationale Minderheiten gibt, sondern ob diese Neuausgaben von Österreich-Ungarn — wenn man den Ausdruck anwenden will — trotz des Vorhandenseins dieser nationalen Minderheiten in der Lage sind, bessere Beweise der Befriedigung und der Dauerhaftigkeit zu erbringen. In diesem Zusammenhange möchte ich auf die Garantien hinweisen, die in Form von internationalen Minderheitsverträgen bestehen. Denn letztere sind in der Absicht geschaffen, aus den neuen Verhältnissen entstandene Härten zu mildern.

Das neue Mitteleuropa ist dazu bestimmt, ein dauerhaftes System von Staaten zu bilden, die insofern national genannt

werden können, als sie ihr Entstehen dem Willen und den Bemühungen von Nationen verdanken, die einst von Österreich-Ungarn beherrscht wurden und sich nun politischer Selbständigkeit erfreuen. Diese Länder müssen aber zu gleicher Zeit als Mischstaaten bezeichnet werden, weil sie Bruchteile anderer Nationen einschliessen.

Zweifellos ist die Tätigkeit solcher Staaten bis zu einem gewissen Grade im Innern komplizierter, vom internationalen Gesichtspunkte aus dagegen wichtiger und bedeutungsvoller. Denn diese Staaten sollen Brücken zwischen dem Osten und dem Westen, zwischen dem Norden und dem Süden Europas bilden und die neuen Anschauungen und Methoden auf dem Gebiete internationaler Zusammenarbeit verkörpern. Dies ist ihre Sonderaufgabe in Mitteleuropa, und auf dem nötigen Verständnis hierfür beruht zweifellos die ganze Dauerhaftigkeit ihrer internationalen Stellung. Meiner Ansicht nach findet diese Aufgabe mit der Zeit immer grösseres Verständnis, und ich glaube voraussagen zu können, dass die Beziehungen zwischen den nationalen Minderheiten und Mehrheiten in diesen neuen Staaten mehr und mehr zum Ausdruck dieses gegenseitigen Verstehens werden.

Diese Aufgabe wird vor allem dadurch ermöglicht, dass die neue Ordnung in Zentraleuropa einen weitgehenden politischen Fortschritt im demokratischen Sinne bedeutet. Die Revolution von 1918 hat das alte System des politischen Absolutismus gründlich beseitigt Der Einfluss des Feudalismus, der Hierarchie und des hohen Militärs wurde zerstört, das neue Leben auf neuen demokratischen Grundlagen aufgebaut. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Landtag, Provinziallandtag und Gemeindevertretung verliehen diesen neuen Staaten auch eine völlig neue Form. Die politische Macht lag nicht mehr in den Händen einiger weniger bevorzugter Klassen, sondern ging auf junge demokratische Kräfte über, auf die Massen der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes. Der Erfolg hiervon war ein weit intensiveres politisches Leben, das nicht nur in der Zahl der Parteien, sondern auch in neuen Ideen und Versuchen, in neuer Kultur, Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Ausdruck kam.

Das politische Leben dieser jungen Demokratien musste notgedrungen verschiedene Krisen aus sich selbst heraus durch machen und spiegelte dergestalt in mehr oder minder starkem

Grade die allgemeine Krisis wider, der die Demokratie selbst in den älteren und erfahrenen Staaten im Westen unterworfen war. Trotzdem bin ich der Ansicht, die Geschichte dieser ersten zehn Jahre habe bewiesen, dass die Demokratie in Zentraleuropa guten Nährboden gefunden und starke Wurzeln geschlagen hat. Diese Tatsache förderte meiner Meinung nach die europäische Demokratie als Ganzes wesentlich.

Gleichzeitig mit den politischen Fortschritten, wie sie aus den Leistungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltung der neuen Staaten ersichtlich sind, müssen auch wesentliche kulturelle Errungenschaften verzeichnet werden.

Der demokratische Geist ist ferner die Ursache dafür, dass die Zivilisation der Nachbarn Ungarns wesentliche Vorteile letzterem Lande gegenüber aufweisen kann. Diese Zivilisation beruht nämlich auf der Erziehung und Entwicklung der Talente und geistigen Fähigkeiten der Massen. So können wir, vorausgesetzt natürlich, dass wir nicht nur einen bevorzugten Teil der magyarischen Nation in Betracht ziehen — nämlich die Mitglieder der besitzenden Klasse, des Mittelstandes und besonders der Aristokratie —, sondern die Gesamtbevölkerung der ehemaligen ungarischen Gebiete, so zum Beispiel der Slowakei, Karpatho Rutheniens und Siebenbürgens, im Gegensatz zur Vorkriegszeit eine geradezu grossartige Ausbreitung der Kultur feststellen. Wenn den Hauptvorteil hieraus die Klassen ziehen, die früher gar nicht mitgerechnet wurden, besonders die Slowaken und Ruthenen, so verdanken wir diesen Umstand dem demokratischen Charakter der neuen Kultur, die frühere Fehler gut zu machen sucht.

Die praktischen Formen, welche die Minderheitenfrage annimmt, zeigen meiner Ansicht nach ganz klar, dass diese Frage nicht länger die Rolle spielen wird, die ihr in den ersten Jahren nach dem Kriege von den Gegnern der neuen Ordnung zugewiesen wurde. Deshalb sind sie auch nicht als ein Hindernis für die normale Entwicklung anzusehen. Die Minderheiten selbst und mit ihr alle praktischen Politiker in Zentraleuropa werden sich langsam der Tatsache bewusst, dass eine vollständige Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes in Anbetracht der Vermischung der einzelnen Nationalitäten nicht möglich ist. Sie erkennen aber an, dass mit dem Vorhandensein nationaler Minderheiten gerechnet werden muss, weshalb das Hauptproblem

darin besteht, ein liberales Regime einzuführen und die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung dieser Minderheiten durch eine weitestgehende Durchführung der demokratischen Prinzipien zu erleichtern. In diesem Zusammenhange können die Minderheiten die Tatsache nicht übersehen, dass die neuen Verhältnisse in Zentraleuropa in grossem Umfange auf demokratischen Einrichtungen fussen und im Vergleich mit den alten Staaten einen unbestreitbaren Fortschritt darstellen.

Wenn von einer Verletzung irgendwelcher grundsätzlicher Prinzipien die Rede sein kann, so muss diese als gegenseitig bezeichnet werden und nicht als einseitig, eine Tatsache, die auf die weitgehende Vermischung der Rassen und Sprachen und auf die geographischen und wirtschaftlichen Belange des neuen Staatslebens in Mitteleuropa zurückzuführen ist.

Die wahre Bedeutung des neuen demokratischen Regimes liegt in der Tatsache begründet, dass es politische und kulturelle Kräfte entfesselt, die alten feudalen Vorrechte beseitigt und neue, gesunde Elemente an die Oberfläche gebracht hat, die bald in der Lage sein werden, ihre Befähigung zu beweisen und eine neue Note in das kulturelle Leben Gesamteuropas zu bringen.

*

Die Antwort Prof. Maenner.

Es erscheint mir geboten, im Interesse der Sachlichkeit zu diesen Ausführungen Stellung zu nehmen und einige berichtigende Bemerkungen zu machen.

Wenn Dr. Benesch zugibt, dass die Nachfolgestaaten Neuausgaben von Österreich Ungarn seien, so können wir dieser Auffassung nur beipflichten. Sie sind in der Tat mehr oder minder getreue Abbilder des alten Habsburgerreiches; — denn sie umschliessen innerhalb ihrer Grenzen zahlreiche Nationalitäten. Sie sind daher als echte Nationalitätenstaaten zu bezeichnen. Das Schulbeispiel hierfür ist die Tschechoslowakei selbst. Dort wohnen neben 6,5 Millionen Tschechen und 2 Millionen Slowaken nicht weniger als 3,5 Millionen Deutsche, einige hunderttausend Ruthenen und eine kleinere Anzahl Polen.

Erkennt Dr. Benesch dies an, so will es mir nicht einleuchten, dass er beinahe im selben Atemzuge diese Staaten insofern nationale Staaten nennt, „als sie ihr Enstehen dem Willen und den Bemühungen von Nationen verdanken, die

einst von Österreich-Ungarn beherrscht waren und sich nun politischer Selbständigkeit erfreuen". Zunächst ist grundsätzlich zu sagen: Ein Staat ist entweder ein Nationalstaat oder ein Nationalitätenstaat. Beides zugleich kann er nicht sein, und wenn man ihm die eine Eigenschaft zuspricht, so schliesst sich die andere von selbst aus. Das ist so klar und bestimmt, dass es weiterer Erörterung nicht bedarf. Was aber den Willen und die Bemühungen der obenerwähnten Nationen betrifft, so scheint es dem Herrn Aussenminister der tschechoslowakischen Republik nicht stets gegenwärtig zu sein, dass diese Nationen ihr Streben nach politischer Selbständigkeit begründeten mit dem Selbstbestimmungsrechte der Völker, — mit anderen Worten, dass sie ihren Nationalstaat wollten. Das hinderte sie allerdings nicht, nach dem Zusammenbruch auf einmal den rein ethnographischen Standpunkt aufzugeben und geographische, politische, wirtschaftliche Momente in den Vordergrund zu schieben, um ihre Staaten möglichst auf Kosten anderer Völker abzurunden. Dass diese Völker diese Staaten nicht wollten, — dass man sich um ihren Willen nicht im geringsten kümmerte und sie einfach zwang, Bürger der neuen politischen Gebilde zu werden, — dass gerade aus diesem Grunde die Nachfolgestaaten nicht als nationale Staaten zu bewerten sind, verschweigt Herr Dr. Benesch. Und doch bietet gerade sein eigener Staat, den er mitbegründet, ein lehrreiches Beispiel dafür, inwiefern die Tschehoslowakei ein nationaler Staat genannt werden kann. Wie es mit diesem sogenannten nationalen Staat bestellt wäre, wenn das tschechische Volk den Deutschen und Magyaren das gleiche Recht der Selbstbestimmung zuerkannt hätte, das es für sich als eine Selbstverständlichkeit beansprucht hatte — darüber könnte sich wohl niemand treffender äussern als Dr. Benesch, und so überlasse ich ihm die Antwort auf diese Frage.

„Diese Länder", fährt Dr. Benesch fort, „müssen aber gleichzeitig als Mischstaaten bezeichnet werden, weil sie Bruchteile anderer Nationen einschliessen". Er mündet damit wieder mit einer merkwürdigen Unlogik in die zuerst von ihm beschrittene Bahn, — gleichsam als wolle er dadurch ausdrücken, dass seine Fiktion vom Nationalstaate doch nicht so leicht werde aufrechterhalten können. Gewiss — Nationalitätenstaaten sind oft Mischstaaten, wie wir dies vielfach in Ost- und Südosteuropa sehen. Aber sie brauchen es nicht zu sein, und hierfür bietet

uns gerade die Tschechoslowakei den sprechendsten Beweis. Sie ist wohl ein Nationalitätenstaat, aber nie und nimmer ein Mischstaat. Denn nirgends heben sich in den Nachfolgestaaten die Grenzen der einzelnen Völker so scharf von einander ab, wie in der Tschechoslowakei — und nirgends kann so wenig von einer Vermischung die Rede sein, wie dort, wo um den tschechischen Kern im böhmischen Flachlande der breite Gürtel des Sudetendeutschtums sich am Wall der böhmischen Randgebirge hinzieht, während in der Slowakei östlich der Waag die nordwärts wohnenden Slowaken sich ganz deutlich von den längs der Donau von Pressburg bis zur Eipel siedelnden Magyaren scheiden.

Immerhin, die neuen Staaten sind gegründet, und die ihnen angehörenden nationalen Minderheiten müssen mit ihrem Vorhandensein rechnen, wie anderseits die Mehrheitsvölker sich mit dem Vorhandensein der Minderheiten abfinden müssen. Diese Tatsache hat auch Dr. Benesch erkannt, und wenn er auch weiss, dass diese Staaten mit der Eingliederung der Minderheitsvölker in ihren Verband einen wesentlichen Teil der schwierigen Probleme Österreich Ungarns übernommen haben und dadurch ihr ganzer Organismus ungemein kompliziert geworden ist, so erhofft er doch von ihren demokratischen Einrichtungen und den aus ihnen hervorgehenden kulturellen Fortschritten eine günstige Lösung dieser Frage. Sollte er hierbei wiederum an sein Land denken — und fast dünkt es mich so — dann müssen wir ihm entgegenhalten, dass auch dort bis zur Beseitigung aller Hemmnisse zwischen Mehrheitsvolk und Minderheiten noch ein weiter Weg zurückzulegen ist. Ich kann weder die durchaus minderheitenfeindliche tschechische Bodenreform, noch die Sperrung aberhundeter fremdnationaler Bildungsstätten aller Schulgattungen, noch die politischen Hochverratsprozesse der letzten Jahre, wie gegen den deutschen Führer Dr. Baeran und den slowakischen Abgeordneten Dr. Tuka als Beweis dafür ansehen, dass demokratische Einrichtungen ohne weiteres schon den Fortschritt bedeuten — und es will mir auch nicht als wahrhafte Kultur erscheinen, wenn kürzlich ein im Verlage des tschechischen Ackerbauministeriums erschienenes landwirtschaftliches Schulbuch als Hauptmerkmale des österreichischen Volkes Faulheit, Verschwendung und Alkoholismus bezeichnet. Es kommt eben bei der richtigen Demokratie

weniger auf die demokratischen Einrichtungen an, als auf den Geist, der sie beseelt, als auf den Sinn, in dem sie gehandhabt wird, und ich meine, echte Kultur muss sich auf andere Weise offenbaren als durch Gehässigkeiten, Schmähungen und Herabsetzungen. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte ich es auf das wärmste begrüsst, wenn Dr. Benesch sich über Ungarn der Schweizer Öffentlichkeit gegenüber etwas anders geäussert hätte. Er hat behauptet, dass die Zivilisation der Nachbarn Ungarns wesentliche Vorteile diesem Lande gegenüber aufweisen könne, denn sie beruhe auf der Erziehung und Entwicklung der Talente und geistigen Fähigkeiten der Massen. Wie es damit im jugoslawischen Staate der Königsdiktatur und in dem eben aus jahrelanger Misswirtschaft langsam erwachenden Rumänien bestellt ist, davon spricht Herr Dr. Benesch nichts: denn diese Mächte sind ja seine Verbündeten und Freunde, und ihnen ist man Verschwiegenheit zu gegebener Zeit und Rücksicht schuldig. Andererseits aber berichtet er auch mit keinem Worte darüber, wie Ungarn als alter Kulturstaat, auch ohne die demokratische Verfassung der Tschechoslowakei, eifrig bemüht ist, die breiten Volksmassen zu bilden, das Schulwesen möglichst fruchtbar zu gestalten und in freundschaftlichem Einvernehmen mit den Führern der deutschen Minderheit, die sich durchaus bewusst zum ungarischen Staate bekennt, die Minderheitenfrage verständnisvoll und gerecht zu lösen: denn Ungarn ist der Feind der Tschechoslowakei und vom Feinde soll man nichts gutes reden.

Wenn wir somit unsere Betrachtung abschliessen, so sind wir zu einem etwas anderen Endergebnis als der Herr Aussenminister der Tschechoslowakei gekommen. Wir sind der Meinung, dass die Nachfolgestaaten nur Nationalitätenstaaten, nicht aber Nationalstaaten sind. Wir wissen, dass auf keinen einzigen von ihnen die Bezeichnung Nationalstaat passt und dass im besonderen die Tschechoslowakei nicht als Mischstaat anzusprechen ist. Wir glauben nicht, dass in allen diesen Staaten sich die demokratischen Einrichtungen — wenn sie überhaupt vorhanden sind — so entwickelt haben, dass sie zu einer vollständigen Befriedung zwischen Staatsvolk und Minderheiten geführt haben. Wir sind im Gegensatz zu Herrn Dr. Benesch der felsenfesten Überzeugung, dass heute das Minderheitenproblem dieselbe überragende Bedeutung hat, wie vor zehn Jahren, — ja, dass

es das brennendste Problem der grossen europäischen Politik ist. Wir sehen im allgemeinen die Lösung dieses Problems nicht in der Durchführung des politischen Selbstbestimmungsrechtes — in den richtigen Mischstaaten ein Ding der Unmöglichkeit, da es dort zu einer völligen Atomisierung der Völker führen würde: hingegen schon mit grösserer Berechtigung anwendbar in Nationalitätenstaaten mit geschlossenen Volksgebieten — wir sehen die Lösung dieses Problems vielmehr darin, dass innerhalb der neuen Staatsgrenzen alle Völker, also auch die Minderheiten, ihr kulturelles Eigenleben, wie es sich in Familie und Schule, in Muttersprache, Sang, Spruch und bodenständiger Volkskunst ausgeprägt hat, von keinem staatlichen Eingriff behindert, entfalten und erhalten dürfen. Es hat keinen Zweck, der Welt das Bild von Staaten zu entwerfen, die zwar Nationalitätenstaaten sind, aber auch gleichzeitig Nationalstaaten sein sollen. Es geht nicht an, von Demokratie und kulturellem Fortschritt in diesen Ländern zu reden, dabei aber das wichtigste Problem, die Minderheitenfrage, in seiner ganzen folgenschweren Bedeutung zu leicht zu behandeln. Hier müssten die neuen Staaten zugreifen, — kühn, grosszügig, von wahrhaft demokratischem und kulturschöpferischem Geiste erfüllt. Herr Dr. Benesch hat ganz recht: die demokratischen Grundsätze müssen durchgeführt werden. Nicht in ihrer schriftlichen Fixierung — in ihrer Verwirklichung liegt die ungeheure Schwierigkeit. Erst wenn die mannigfachen Widerstände auf diesem Wege fortgeräumt sind — erst wenn die Regierungen aller Minderheitenländer erkannt haben, dass der Staat nicht Selbstzweck ist, sondern Sachwalter und Förderer aller seiner Bürger ohne Unterschied von Stand, Bekenntnis und Nationalität: dann, aber auch erst dann, geht es voran in Europa.

Der schwäbische Bruderkrieg im Banat und wir.

Es ist nicht gleichgiltig für alle Minderheiten Rumäniens, wenn in der Organisation der einzelnen Einigkeit oder Unfrieden bemerkbar wird. Universales Minderheitsinteresse ist das Einverständnis aller Minderheiten, denn dies ist die Grundbe-

dingung zur Verwirklichung des idealen Zieles, des Minderheitenblockes. Leider fehlt heute diese Einigkeit bei der schwäbischen Minderheit, welche Erscheinung am besten durch den Leitartikel der Kronstädter Zeitung (N. 39. vom 12. Februar) Ausdruck findet, weshalb wir diesen vollinhaltlich wiedergeben.

*

Bei den Komitatswahlen in Temesvar erhielt die Liste der Deutschen Dissidenten, die sich als „Handwerker und Bauern" um Peter Hollinger scharten, wider jedes Erwarten 10.067 Stimmen. Im Komitate Temesvar gibt es rund 48.000 deutsche Wähler. Da 12 Prozent der Wähler nicht abgestimmt haben, sind bloss 42.000 Deutsche zur Wahl gegangen. Rechnet man etwa 4000 Wähler, die liberal oder sozialdemokratisch gestimmt haben, so verbleiben 28.000 Stimmen für die offizielle, vom Deutschschwäbischen Volksrat aufgestellte Liste, 10.000 aber, zuzüglich den 4000 anderen Dissidenten, also rund 14.000 Deutsche für Sonderlisten. Ein Drittel der Banater Schwaben in Temesvar ist also der Parole der völkischen Organisation in Temesvar untreu geworden.

Die „Banater Deutsche Zeitung" behandelt in einem Leitartikel dieses niederschmetternde Ergebnis und kann, infolge ihrer offiziellen Einstellung, den Grund dafür hauptsächlich nur in Verhetzung und politischer Disziplinlosigkeit sehen. Unserer Meinung nach ist ein so starkes Misstrauensvotum gegen die Politik des Deutsch-schwäbischen Volksrates auf diese Weise nicht zu erklären, selbst wenn man die zweifellos vorhandene Labilität des schwäbischen innerpolitischen Lebens in Berücksichtigung zieht. Es scheint sich vielmehr um eine bewusste und aus den Tiefen des Volkes genährte Unzufriedenheit mit der offiziellen Politik zu handeln. Wenn ein Drittel der Wähler eigene Wege geht, so ist das ein so bedenkliches und ernstes Zeichen, dass man von einer Verhetzung der Bevölkerung schwerlich sprechen kann. Wir halten uns nicht für zuständig, innere Streitigkeiten der Banater Schwaben mit der politischen Erfahrung, die wir haben, zu kurieren, weil wir bei solchen brüderlichen Anwandlungen schon oft genug das Gegenteil dessen erreicht haben, was wir erstrebten. Gerade bei den Banater Schwaben sind wir dieser aufrichtigen Hilfsbereitschaft wilen oft scheel angesehen worden. Wir gehören aber mit den Banater Deutschen zusammen zur deutschen Schicksalsgemeinschaft

in Rumänien und können bei einem Vorfall wie diesem, dessen Bedeutung auch unsere eigene deutsche Position gefährdet, nicht schweigen. Eine so starke Zersplitterung des schwäbischen Volkes zieht naturgemäss die anderen Siedlungsgebiete in Mitleidenschaft und schwächt unserer aller politische Kraft.

Gewiss müssen die Banater Schwaben selbst Mittel und Wege finden, die Wiederholung ähnlicher Vorfälle in der Zukunft zu verhindern, von uns aus aber können wir mit Nachdruck darauf hinweisen, dass eine Klärung des innerschwäbischen Lebens unmöglich ist, wenn von Seiten der offiziellen Organe nicht neue Wege eingeschlagen werden und der Kontakt mit dem Volke, der hier so offensichtlich mangelhaft war, nicht hergestellt wird. Ein Misstrauensvotum wie dieses kann man für die Zukunft nur ungeschehen machen, indem man die Gründe, die dazu geführt haben, sorgfältig und mit bestem Willen, mit verständnisvoller Einfühlungsgabe prüft. Im Temesvarer Komitat stehen zwei Drittel Schwaben gegen ein Drittel. Das sind Gegner, die sich beide ernst nehmen müssen. Ein obrigkeitlicher Ton, das übliche Anrufen der Autorität nützen hier gar nichts.

Vor wenig Wochen wurde, anscheinend aus denselben lebendigen Untergründen des Volkes, der „Jungschwäbische Klub" gegründet, der in seinem Manifest deutlich die Schäden nannte, die hier zum Ausdruck kamen. Es wäre wünschenswert, wenn der „Jungschwäbische Klub", der sich im übrigen klar für die Einigkeit der Organisation ausgesprochen hat, als Brücke diene zwischen dem Volksrat und den grossen Teilen der Schwaben, die sich gegen ihn wenden Die weit mehr als 10.000 Abtrünnigen fühlen sich durch die offiziellen Organe unvertreten. So starke Kräfte dürfen nicht verloren gehen. Sie müssen das Gefühl haben, dass die völkische Organisation ihre eigene Organisation ist. Wenn die völkische Organisation in ihnen dieses Gefühl nicht wecken kann — wie es die Wahlen bewiesen haben — so muss eben etwas in der Organisation nicht stimmen. Wir Deutsche des Landes fordern mit allem Nachdruck, wenn wir uns auch in die inneren Streitigkeiten der Schwaben nicht einmischen, dass die Gegensätze verschwinden. Klappt es bei den Banater Schwaben nicht, so haben wir das Recht, die zur Verantwortung zu ziehen, die die Verantwortung tragen.

Die deutsche Volksgemeinschaft Rumäniens stellen die einzelnen Siedlungsgebiete dar, vertreten durch ihre völkischen

Organisationen. Das gute Recht jedes Siedlungsgebietes ist es, von den anderen Siedlungsgebieten die volle nationale Durchschlagskraft nach aussen hin zu erwarten. Ohnehin besteht die deutsche Volksgemeinschaft in vieler Beziehung nur auf dem Papier. Wir Sachsen haben bei den letzten Parlamentswahlen den Schwaben zuliebe und gegen grosse Teile unseres Volkes ein Wahlkartell mit den Nationalzaranisten geschlossen und es auch durchgeführt — dieselbe Solidarität verlangen wir von den Schwaben. Wir haben das grösste Verständnis für ihre Schwierigkeiten und übersehen auch nicht, dass Handlungen, die bei uns an Verrat grenzen würden, bei ihnen mit anderem Masse zu messen sind. Das bedeutet aber nicht, dass wir in unserem brüderlichen Verständnis soweit gehen, die deutschen Minderheiteninteressen in Rumänien der Schwaben wegen zu schwächen. Wenn ihre Führer nicht in der Lage sind, ihr Volk zu sammeln und geschlossen zu führen, so wird sich in absehbarer Zeit doch die nationale Notwendigkeit ergeben, den Grundsatz der Selbständigkeit jedes Siedlungsgebietes dadurch zu durchbrechen, dass man auch mit den anderen Kreisen der Schwaben Fühlung nimmt. Es wäre gewiss bedauerlich, wenn dabei einige verdienstvolle Männer ihre Bedeutung verlieren würden, es darf uns, die wir in unserem eigenen Kreise viel zu oft an Autoritätsängsten leiden, aber nicht hindern, denn schliesslich handelt es sich hier doch um mehr als um Personen, auch um mehr als das schwäbische Volk, es handelt sich um das deutsche Volk in Rumänien!

Die reformierte Religionslehre ist in Jugoslavien unmöglich.

Es tritt uns aus den Berichten, die der Generalversammlung des Reformierten Kirchensprengels vorgelegt wurden, ein recht trauriges Bild entgegen. Mit dem Priestermangel und dem Priesterelend hatten sich Schwierigkeiten ergeben, die sich in den Weg des Religionsunterrichtes und der Erziehung legen. Die serbischen Schulbehörden genehmigen vielerots die Tätigkeit der Sonntagsschulen nicht. Nun wird diese Arbeit in den Kirchen unter dem Titel Kindergottesdienst stattfinden.

Der Religionsunterricht konnte in mehreren Gemeinden des Komitates Baranya nicht kontrolliert werden, denn die Schuldirektoren wollen dies nur gegen besondere Bewilligung des Schulinspektors gestatten. In der Gemeinde Kő hat der Staatslehrer dem reformierten Religionslehrer den Religionsunterricht einfach verboten. In Kopács hat der Schuldirektor den Religionsunterricht nur in der Staatssprache gestattet. In Bácskossuthfalva hat der Schulinspektor den Religionslehrer, obgleich er von der reformierten Kirche bezahlt wurde, vom Unterricht enthoben und so sind 500 reformierte Schulkinder ohne Religionsunterricht geblieben.

In der Schule zu Haraszti ist das Resultat auffallend schwach, denn es konnte in dieser Schule ausser einem „veralteten, vor einigen Jahrzehnten gebräuchlichen Exemplar" kein anderes ungarisches Lesebuch auffindbar gemacht werden. Haraszti steht ausserdem Folge des Einkind-Systems vor der Depopulation; im vorigen Jahre konnte gegenüber 9 Todesfällen nur eine Geburt festgestellt werden, und auch dieses Kind ist gestorben. Die Behörden genehmigen auch die Tätigkeit der Bibelkreise nicht und berufen sich dabe auf das Versammlungsverbot. In Lasko — Komitat Baranya — wurde eine Konferenz des Biebelkreises in Plan genommen, die weltlichen Behörden haben diese jedoch nicht genehmigt. Daselbst hat sich auch eine jugendliche religiöse Versammlung gebildet, der Notär der Gemeinde hat jedoch die Tätigkeit derselben eingestellt. Es haben sich auch Schwierigkeiten bei Abhaltung religiöser Abende gemeldet, so dass diese auch weggeblieben sind. Die Lage der Schule zu Cservenka ist auch recht sonderbar. Diese Schule wurde vom Staate nicht nur ohne jedwede Entschädigung weggenommen, sondern wird noch immer von der Kirche in Ordnung gehalten, welche dem staatlichen Lehrer für seine Küsterdienste auch noch Wohnung gibt, der Staat hingegen verlangt von diesem Lehrer Wohnungsmiete.

Der Schule in Gottsche wurde die Verordnung des Laibacher Banus mitgeteilt, laut welcher die Nationalität der Schulkinder nicht mehr im Wege der Namensanalise, sondern auf Grund der Abstammung festgestellt werden müsse. Es sind also noch immer nicht die Eltern, die die Nationalität ihrer Kinder bestimmen.

Der Kampf gegen den Katholizismus in Jugoslavien.

Nach den systematischen Maasnahmen der Regierung gegen die katholischen Organisationen und die katholische Erziehung veröffentlichte die Zeitung „Novosti" in Zagreb einen anonymen Artikel, der sich in scharfem Tone gegen den katholischen Klerus richtete. Eine tiefe Erregung ging durch die öffentliche Meinung Kroatiens und Sloveniens bei der Lektüre dieses Artikels. Denn „Novosti" sind wegen ihrer Zuneigung zur Regierung bekannt und dieses hat ausgerechnet diese Zeitung, die in Zagreb erscheint, ausgewählt, um den Eindruck hervorzurufen, als ob der Angriff sozusagen aus katholischen Kreisen selbst käme. Um dieses Regierungsmanöver aufzudecken, schlugen alle slovenischen und kroatischen Zeitungen Alarm und griffen den anonymen Artikel an um ihre Solidarität mit dem Episkopat zu bekunden.

Der „anklägerische" Artikel der „Novosti" enthält eine Reihe von Tatsachen, welche den Kampf beweisen, der zwischen der katholischen Kirche und dem Diktaturregime entbrannt ist. Der Artikel behauptet, dass auf der Grundlage des Katholizismus heute in Jugoslavien eine antistaatliche Front geschaffen wird, deren Fäden ausserhalb des Königreiches zu suchen wären. Der Artikel erwähnt auch die übertriebene Kritik, welche der Apostolische Nuntius angeblich über die Verordnungen des Regimes geäussert haben soll. Ferner sind die Verordnungen des Fürstbischofs von Slovenien, Mgr. Jeglitsch, gegen gewisse Regierungsverordnungen erwähnt. Der anonyme Verfasser lenkt zum Schluss die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf diese „gefährliche Front", deren Zerstörung er der Regierung in Belgrad anempfiehlt.

Obige Äusserungen gegenüber dem Episkopat und dem katholischen Klerus werden gebraucht, um diese als Staatsverschwörer hinzustellen.

Als Antwort auf diese Angriffe gab der Erzbischof von Zagreb Erklärungen ab, welche durch ihren energischen Ton bemerkenswert sind. Nach Zurückweisung der in den „Novosti" erschienenen Angriffe, welche den Standpunkt der panserbischen Chauvinisten wiedergeben, erinnnert der kroatische Erzbischof

daran, dass der katholische Klerus sich aus guten Kroaten zusammensetzt, die keinem ausländischen Einfluss unterliegen und daher auch an keiner Front teilnehmen können, gleich welcher Art diese sei, die im Ausland organisiert werde. Mgr. Bauer versichert im Gegenteil, dass man seit einiger Zeit eine antikatholische Front organisiere, deren Bekundungen bereits sehr zahlreich seien.

Unmittelbar nach diesem Alarm der kroatischen und slovenischen Presse, begaben sich Mgr. Bauer, Mgr. Jeglitsch (Fürstbischof von Lublijana) und Mgr. Bonifatschitch, Bischof von Sarajevo, nach Belgrad. Seit ihrer Ankunft hielten sie eine Reihe von Konferenzen mit den katholischen Ministern ab, deren Machtlosigkeit allbekannt ist und die für das panserbische Kabinett des Generals Jivkovitsch nur die Rolle eines Feigenblattes spielen.

Von serbischen Journalisten über die Ergebnisse seiner Unterredungen befragt, weigerte sich Mgr. Bauer zu antworten.

Der Alarm, der in Kroatien und Slovenien anlässlich des Angriffs des Diktaturorganes entstand, überraschte die Regierung, welche auf eine solche Einigkeit in der katholischen Welt nicht gefasst war. Die Belgrader Hegemonisten sehen in dieser Tatsache noch einen Beweis dafür, dass das kroatische Volk in der Religion eine Stütze für seinen nationalen Kampf findet. Die Regierung soll die Absicht haben, ihre Politik fortzusetzen. Nach unseren Nachrichten aus Kroatien will sie aber erst die Wirkung abwarten, welche das „erste Scharmützel" im katholischen Ausland hervorruft.

Aus diesem Grunde erwarten die kroatischen und slovenichen Katholiken eine stärkere Unterstützung seitens der katholischen Welt und der katholischen Presse.

Attaques contre M. Seton-Watson.

Le „Vrémé", de Belgrade, du 2 février, cite un article de la revue „Rijec", de Zagreb, organe de la dictature, rédigé par des Serbes du groupe de M. Juraj Démétrovitch, ministre du commerce dans le cabinet dictatorial.

A propos de l'excellent article documenté que l'éminent publi-

ciste anglais, M. Seton-Watson (Scotus Viator) avait publié dans le „Times" de Londres, sur le régime en Yougoslavie et le bilan exact du gouvernement de la dictature, cette revue serbe publie en éditorial un article dirigé contre „l'ancien connaisseur et ami yougoslave d'avant-guerre" (c'est ainsi que la revue nomme M. Seton-Watson), tout en avouant qu'il „s'était donné tout entier à la Yougoslavie".

Après avoir brièvement exposé les grands services rendus par M. Seton-Watson pour la création de la Yougoslavie, la revue continue:

„Mais il semble que Scotus Viator commença rapidement à se renfrogner, peut-être parce que l'Etat yougoslave n'est pas gouverné de la façon qu'il méditait. Et au lieu de se tenir à une distance respectable et dans une situation d'ami neutre, il commença à s'immiscer dans nos événements intérieurs. Il critiquait acerbement, dans un article récent du „Times", la situation actuelle en Yougoslavie. Il a même commencé à nous faire la leçon. M. Scotus Viator considère soi-même comme un expert autorisé de la question yougoslave en Angleterre et nous autres, comme une colonie balkanique qui tombe sous son influence politique: il s'est considéré comme l'homme qui doit nous donner publiquement de l'esprit, à notre détriment. De ce moment, il commença à rompre les liens d'amitié entre lui et nous."

Après avoir dénié à M. Seton-Watson le droit de s'immiscer dans „les affaires intérieures" de la Yougoslavie, l'article ajoute:

„S'il veut, malgré tout, faire cela en qualité de qubliciste indépendant, cela lui est tout de même permis. Mais il doit alors nous permettre aussi de douter de son amitié et de qualifier d'incorrecte et déloyale son attitude et de le condamner, par conséquent. Nous sommes un peuple libre dans un Etat libre et nous accomplissons notre consolidation comme nous l'entendons et le pouvons. Nous n'avons pas besoin des recettes étatiques de M, Seton-Watson et il ferait mieux de les adresser à un pays irlando-indien, plus proche. Elles lui seront peut-être plus nécessaires..."

Tout l'article est dans ce ton. En le lisant, on ne peut s'empêcher de soupirer et de s'écrier:

— Pauvre M. Seton-Watson!

Die Rumänen aus dem Jugoslavischen Banat.*

Von **V. Vărădean.**

Nach der ungerechtfertigten Abtretung eines Teiles des rumänischen Banates an Jugoslavien, blicken über 150.000 Rumänen mit bitterem Schmerze im Herzen nach ihrem Mutterlande. Das Betragen der serbischen Regierungen diesen unglücklichen Brüdern gegenüber ist unerhört, um so mehr als die rumänisch-jugoslavische Allianz mit so viel Lärm ausposaunt wird.

Einige Tatsachen:

Die am 1. November 1918 von hundert rumänischen Offizieren zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung begründeten Nationalgarden wurden noch am 17. desselben Monats von den serbischen Truppen aufgelöst und die Rumänen von der Beteiligung an der Volksversammlung vom 1. Dezember 1918 in Alba-Julia abgehalten. Neunundfünfzig intellektuelle Rumänen wurden in Belgrad interniert, die anderen in ihren Häusern festgehalten.

Die Gemeinde- und Konfessional-Schulen wurden verstaatlicht und die Lehrer erhielten den Auftrag, innerhalb eines Jahres serbisch zu lernen. Siebzig Lehrer überschreiten die Grenze und werden natürlich wie auch alle anderen rumänischen Beamten durch Serben, Russen und Bulgaren ersetzt.

Auch die Kirche hatte kein besseres Los. 1919 wurden 816 Joch aus dem Marghita-Mare-Gebiet beschlagnahmt, worauf die Sequestration auch anderer bedeutender Kirchengüter folgte, die noch heute beschlagnahmt sind.

Zu Pfingsten 1920 wurde das Bankhaus „Luceafărul" sequestriert und erst in 1922 wieder freigegeben. Die Dörfer sind verpflichtet, aus ihrem Etat die rumänischen Schulen zu unterhalten, wobei missachtet wird, dass die rumänische Bevölkerung auch sonstige unerträgliche Steuern zu entrichten hat, und von den mit türkischen Gewohnheiten vertrauten Beamten auf rücksichtsloseste Weise ausgebeutet wird.

Die rumänische Gesandtschaft in Belgrad ist nicht nur abwesend, sondern erteilt den Rumänen Ratschläge, die ihren Interessen geradezu entgegengesetzt sind.

* Aus der Zeitschrift „Graiul Românesc".

Die Bedrückungen dauern an: Ein Erlass des Unterrichtsministeriums führt die serbische Sprache schon in der ersten Volkschulklasse der Konfessionalschulen ein, ein anderer untersagt den Religionsunterricht in den Volksschulen. Die Proteste der Rumänen bleiben erfolglos.

Angesichts dieser Sachlage bildete sich am 10. Februar 1923 in Alibunar „Die rumänische Partei", es wurden die Zeitung „Graiul Românesc" (Die rumänische Sprache) und ein „Kultureller Verein" ins Leben gerufen. Im selben Jahre wird ein Abgeordneter in die Skuptschina gewählt. 1927 wird ein Kongregationsabgeordneter gewählt und die Zeitung „Nădejdea" (Die Hoffnung) gegründet, die das Organ der rumänischen Partei sein wird.

Die Angriffe der Serben gegen das kulturelle und ökonomische Leben der Rumänen dauern noch heute fort. Von Gegenseitigkeit wollen sie nichts hören. Den Studenten wird verboten Studien halber nach Rumänien zu fahren, während das offizielle Rumänien, sehr wohlwollend in der Behandlung der in Rumänien wohnenden Serben ist, Verträge abschliesst, die die anderen nicht beachten, und mit den Bedrückern unserer Brüder aus Jugoslavien zecht, wohin es übrigens Minister schickt, die rumänisch nicht sprechen können.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

»Nation und Staat.«

Die deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem enthält in ihrer Februar Ausgabe eine Reihe von Abhandlungen, welche die aktuellsten Probleme und Aufgaben des gegenwärtigen Augenblicks behandeln. An der Spitze steht ein Artikel des Generalsekretärs der europäischen Nationalitätenkongresse, Dr. Ewald Ammende, welcher einen eingehenden Arbeitsplan für die kommende Kampagne im Kampf um den Nationalen Ausgleich entwirft. Hinsichtlich des Völkerbundes entwickelt er die Ansicht, dass jetzt vor allen Dingen die Wiederherstellung der Öffentlichkeit des Verfahrens in Minderheitensachen betrieben werden müsse. Das weitere Ziel habe in der Einsetzung von paritätischen Ausschüssen zur Verständigung und Schlichtung von Streitfällen und Gegensätzen, vor allem aber in der Gründung einer permanenten Minderheitenkommission beim Völker-

bund zu bestehen. Die Erreichung all dieser Ziele erfordere zunächst einmal die Einsetzung einer Studienkommission am Völkerbund. Die ganze Arbeit müsse unbedingt unter dem Gesichtswinkel geführt werden, dass der Völkerbund nicht nur dann zum Eingreifen berufen ist, wenn Streitfälle an ihn herantreten, sondern dass seine Aufgabe als Garant der Minderheitenschutzverträge darin bestehe, aus eigener Initiative an der Lösung der Nationalitätenprobleme zu arbeiten und die Einhaltung der Schutzverträge zu überwachen. Die Grundlage für eine solche Betätigung des Völkerbundes sei durch die bekannte Interpretation Stresemanns gegeben. Der Nationalitätenkongress werde zunächst vor allem die auf seiner vorigjährigen Tagung beschlossene Beschreibung der gegenwärtigen Lage der verschiedenen europäischen Minderheitsgruppen durchzuführen haben. Diese umfassende Arbeit, die mit aller Korrektheit und Objektivität durchgeführt werden wird, ist geeignet, endlich ein klares Bild von der tatsächlichen Situation zu schaffen. Auf ideologischem Gebiet wird es dem Kongress und seinen Freunden nach wie vor obliegen, für den Grundsatz der nationalen Toleranz weiterzukämpfen. Neue Ziele erwachsen aus der immer stärker werdenden Tendenz der Völker, ihre nationale Einheit über die staatlichen Grenzen hinaus auch in organisatorischer Form zum Ausdruck zu bringen. Die Aufgabe der Nationalitäten werde es sein, diese Entwicklung in jeder Weise zu fördern und eine Zusammenarbeit der einzelnen Nationsgemeinschaften anzubahnen.

Prof. Dr. Jakob Bleyer nimmt in einem Aufsatz „Nation, Volk, Nationalität" zu der Frage Stellung, ob es angebracht sei, die Nationalität auf Grund persönlicher Deklarationen festzustellen. An diesen Artikel knüpft sich eine interessante Aussprache zwischen dem Verfasser und Pastor Schmidt Wodder, Tondern. Der Leiter der Fichte-Hochschule in Leipzig, Dr. G. Wehenkel, steuert eine Abhandlung „Genossenschaft und nationale Minderheit" bei, in welcher er die Bedeutung der Genossenschaftlichen Arbeit im nationalen Kampf beleuchtet. Dr. Jakob Rappaport schreibt über die „Verfassung der jüdischen Kultusgemeinden in Polen", welche bekanntlich schon vom Mittelalter her ein sehr beachtenswertes Beispiel nationalkultureller Autonomie darstellen. Das Heft wird wiederum durch ebenso objektive wie sachkundige Berichte aus den einzelnen Gebieten ergänzt. Den Beschluss bilden Besprechungen der neuesten Litteratur auf dem Gebiet des Nationalitätenproblems.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.